



Michael Hartmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD Bundestagsfraktion
Stv. Innenpolitischer Sprecher
Obmann im 1. Untersuchungsausschuss

Architektenkammer Rheinland-Pfalz
z.H. Herrn Präsidenten Stefan Musil
z.H. Herrn Hauptgeschäftsführer
Dr. Michael E. Coridaß
Hindenburgplatz 6

24.08.2009

55118 Mainz

Ihr Schreiben vom 18.08.2009

Sehr geehrter Herr Präsident Musil, sehr geehrter Herr Dr. Coridaß,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl, auf die ich mit diesem Schreiben gerne eingehe. Selbstverständlich werde ich mich auch zukünftig für gute Rahmenbedingungen zugunsten der planenden Berufe einsetzen, sie sind ein wichtiger Pfeiler unseres Mittelstandes und verdienen faire Bedingungen.

I. Marktumfeld verbessern

Die Honorarordnung erhalten und modernisieren

Nach intensiven Diskussionen ist es im Juni 2009 gelungen, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Neufassung der Verordnung über Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) abzuschließen. Diese Reform war ein erster wichtiger Schritt, die seit 1996 unveränderte HOAI zu modernisieren und flexibler zu gestalten. Die neue HOAI schafft mehr Anreize zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen und gibt den Beteiligten – Auftragsgeber und Auftragsnehmern – größere Freiräume bei der Vertragsgestaltung. Die Honorare wurden von den tatsächlichen Baukosten abgekoppelt und richten sich zukünftig nach den Kosten, die aufgrund der Entwurfsplanung berechnet wurden. Beratungsleistungen können ebenso wie bei den rechtsberatenden Berufen frei vereinbart werden. Für Planungsleistungen gibt es nach wie vor verbindliche Vorgaben. Die fast 14 Jahre unverändert gebliebenen Honorarsätze für Architekten und Ingenieure wurden durchgängig um 10 Prozent angehoben. Das bedeutet für die öffentliche Hand – Bund, Länder und Kommunen – Mehrkosten von rund 290 Millionen Euro. Um den Vorgaben der europäischen Dienstleistungsrichtlinie zu genügen, ist der Anwendungsbereich der HOAI auf Büros mit Sitz in Deutschland beschränkt.

Die Reform der HOAI ist ein Kompromiss, der sehr unterschiedlichen Interessen gerecht wird: den von Architekten und Ingenieuren ebenso wie den Interessen von Bauherren und Verbrauchern. Es ist das Ergebnis von langen Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung – insbesondere zwischen dem federführenden Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesbauministerium. Vor diesem Hintergrund sieht die SPD durchaus weiteren Modernisierungsbedarf in den kommenden Jahren. Auch bei einem Wechsel der Zuständigkeit wäre eine Neufassung der HOAI zwischen den Ressorts der Bundesregierung abzustimmen und bedürfte der Zustimmung des Bundesrates.

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 74 837 • 📠 (030) 227 – 76 609

✉ michael.hartmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Adolf-Kolping-Str. 2 • 55116 Mainz • ☎ (06131) 27 96 11 • 📠 (06131) 22 50 99

✉ michael.hartmann@wk.bundestag.de

Die Vergabe öffentlicher Aufträge transparent und qualitätsorientiert regeln

Mit der zu Beginn dieses Jahres im Rahmen der Vergaberechtsnovelle umgesetzten Reform haben wir eine Vereinfachung und Modernisierung des Vergaberechts erreicht. Erklärtes Ziel der Reform ist es, auch die Verfahrensvorschriften in den Verdingungsordnungen zu vereinfachen. Dies erfolgt im Anschluss an das Gesetzgebungsverfahren, so dass hierin auch noch eine Aufgabe für die kommende Legislaturperiode liegt.

Eine getrennte Vergabe von Planung und Bauausführung war bislang schon möglich - die mit der Reform eingeführte Vergabe in Fach- und Teillosten fordert nun die getrennte Vergabe von Planung und Bauausführung.

Im Wege des Vergabeverfahrens ist das wirtschaftlichste Angebot zu ermitteln und diesem der Zuschlag zu erteilen. Dabei ist nicht allein der niedrigste Preis entscheidend, sondern das Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis, wobei dem Grundsatz der sparsamen und effektiven Verwendung von Haushaltsmitteln in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zukommt.

Mehr Planungswettbewerbe ausloben

Der Bund als Bauherr hat das Instrument der Wettbewerbe in der 16. Legislaturperiode stark ausgebaut. Seine Bauten sind ein Beitrag zur Baukultur in Deutschland. Diese Vorbildfunktion wollen wir auch künftig stärken.

Die seit 2009 gültigen, vereinfachten Richtlinien für Planungswettbewerbe bieten auch für andere Baubeteiligte einen starken Anreiz für eine verbesserte Planungs- und Baukultur, der auch bei privaten Bauvorhaben zum Tragen kommt.

Rechtssicherheit durch Schaffung eines Planungsvertragsrechts verbessern sowie Nachhaltigkeit und Klimaschutz durch ein konsistentes Planungsrecht fördern

Die SPD hat die Weichen für eine wirksame Klima- und Energiepolitik gestellt. Unser erklärtes Ziel ist es, Energieeffizienz und damit Klimaschutz weiter voranzubringen. Dazu werden wir die entsprechenden Gesetzesvorlagen einbringen und bestehende Gesetze anpassen. Das Baurecht und das Umweltrecht sollten allerdings voneinander getrennt bleiben. Ihre Eigenständigkeit hat sich bewährt.

Wir werden uns für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den offenen Fragen im Bereich des Planungsvertragsrechts einsetzen.

Eigenverantwortung in der Rentenversicherung stärken

Mit den Reformen der letzten Jahre ist sichergestellt, dass der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig nicht über 22 Prozent steigen wird. Nach übereinstimmenden Aussagen aller unabhängigen Experten gehört die Bundesrepublik zu den Ländern, die die einschneidendsten Maßnahmen beschlossen haben; so bescheinigt die OECD in ihrer aktuellen Studie "Pensions at a Glance", dass die Bundesrepublik ein Pionier in der langfristigen Heraufsetzung der Regelaltersgrenze über das 65. Lebensjahr hinaus ist.

Für die SPD kommt es nun darauf an, weitere Schritte in der Modernisierung des Sozialrechtes zu gehen, indem der soziale Schutz auch auf Solo-Selbständige ausgeweitet wird, sofern sie nicht in einem berufsständischen Versorgungswerk eine der gesetzlichen Rente vergleichbare Altersvorsorge betreiben. Hierdurch wird nicht nur der soziale Schutz verbessert, sondern auch Verzerrungen auf dem Markt beseitigt, da nun diejenigen, die bislang keine Aufwendungen für ihre Altersvorsorge hatten, nicht mehr mit günstigeren Preisen unzulässige Wettbewerbsvorteile erzielen, die dann nachträglich im Alter über die Grundsicherung von der Solidargemeinschaft zu finanzieren sind.

II. Akteure stärken

Die Ausbildung auf hohem Niveau stärken

Der Bologna-Prozess hat umfassende Modernisierungsprozesse an den deutschen Hochschulen angestoßen und die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums entscheidend vorangebracht. Durch die Einführung des gestuften Studiensystems aus Bachelor und Master mit europaweit vergleichbaren Abschlüssen wird die deutsche wie die europäische Hochschullandschaft transparenter, international wettbewerbsfähiger und attraktiver.

Die bisherigen Erfahrungen haben aber auch gezeigt, dass im Zuge der weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses Nachbesserungen in der konkreten Ausgestaltung der Studienreformen sinnvoll und notwendig sind. Zudem müssen die allgemeinen Rahmenbedingungen für die akademische Ausbildung an den Hochschulen weiter verbessert werden. Für die SPD ist klar, dass im Zuge des Bologna-Prozesses die Qualität und Berufsbefähigung der akademischen Bildung in Deutschland auf hohem Qualitätsniveau sichergestellt werden müssen. Dies gilt auch für den international guten Ruf der deutschen Architekten- und Ingenieurausbildung.

Die SPD setzt sich für eine vernünftige Umsetzung des Bologna-Prozesses ein. Die Hochschulen müssen sicherstellen und in die Lage versetzt werden, anforderungsadäquate und berufsbefähigende Studiengänge auf hohem Niveau anzubieten.

Dazu gehört auch die Überprüfung der im Zuge der Studienstrukturreformen entwickelten Curricula, um insbesondere dem Studium in den Bachelor-Studiengängen mehr Tiefe und Breite zu geben und ausreichend Raum für Praxisphasen und Auslandsaufenthalte zu lassen. Gerade in Architektur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen ist die notwendige Praxisnähe der Ausbildung strukturell zu ermöglichen und in den Curricula abzusichern. Die SPD befürwortet auch die flexiblere Gestaltung der Regelstudienzeit in den Bachelor-Studiengängen. Wo es sinnvoll erscheint, sollten Bachelor-Studiengänge auf 8 Semester angelegt werden. Außerdem sollten die Übergänge vom Bachelor- zum Master-Studium für die Studierenden erleichtert werden.

Wichtig ist außerdem, dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Lehre weiter intensiviert und die Rahmenbedingungen für das Studium im gestuften System weiter verbessert werden. Notwendig sind wirksame und transparente Qualitätssicherungsverfahren an den Hochschulen. Das Beratungs- und Betreuungsangebot muss in allen Phasen des modularisierten Studiums ausgebaut und kapazitär abgesichert werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für das Architektur- und Ingenieursstudium.

Die Bologna-Reformen und die in den kommenden Jahren steigende Zahl der Studienberechtigten erfordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Die Universitäten und Fachhochschulen brauchen in den kommenden Jahren zusätzliche Ressourcen, sowohl in räumlicher und materieller wie in personeller Hinsicht.

Die SPD verfolgt das Ziel, die Studienanfängerquote trotz steigender Nachfrage auf mindestens 40 % weiter zu steigern und die Hochschulen auch in den kommenden Jahren für alle studierwilligen jungen Menschen offen zu halten. Dies ist auch unter ökonomischen Gesichtspunkten geboten, um den notwendigen Nachwuchs an hochqualifizierten Fachkräften auszubilden und die Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft nachhaltig abzusichern. Angesichts des bereits heute spürbaren Ingenieursmangels in Deutschland kommt dabei bedarfsadäquaten Studienkapazitäten gerade in Ingenieursstudiengängen eine besondere Bedeutung zu. Um den zusätzlich notwendigen Ausbildungskapazitäten der Hochschulen Rechnung zu tragen, hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass der Bund in den Hochschulpakten I und II einen erheblichen Beitrag dazu leistet, dass bis 2015 über 365.000 zusätzliche Studienanfängerplätze an den deutschen Hochschulen geschaffen werden

können. Die im Hochschulpakt II vereinbarte Anhebung der durchschnittlichen Fördersätze pro Studienanfängerplatz von 22.000 auf 26.000 Euro ist für die SPD ein notwendiger und unverzichtbarer Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Lehre.

Zu beobachten ist, ob trotz der hohen Anzahl und Vielfalt der im Zuge der Bologna-Reformen entstandenen Studiengänge die Transparenz, Überschaubarkeit und Vergleichbarkeit der Studienangebote für Studierende und Arbeitgeber gewährleistet bleibt.

Existenzgründungen zielgerechter fördern

Die SPD setzt sich für eine neue Gründungskultur ein. Wir arbeiten daran, für Existenzgründerinnen und Existenzgründer flächendeckend neue Anlaufstellen in Form von One-Stop-Shops zu schaffen. Wir wollen Selbstständige gerade in der Gründungsphase von unnötiger Verwaltungsbürokratie befreien und unterstützen das nationale Programm zum Abbau von Bürokratiekosten durch Informationspflichten um 25 % bis zum Jahr 2011. Wir werden die Beratungsangebote für Existenzgründer – insbesondere auch für ältere Gründer und Frauen – weiter entwickeln und ausbauen.

Die SPD will bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und zwar für Arbeitnehmer/innen und Selbstständige gleichermaßen. Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung und des Ganztagschulangebotes weiter fortsetzen. Das von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entwickelte Elterngeld ist ein Erfolgsprojekt. Es ist eine am Einkommensersatz orientierte Leistung, die auch an Selbstständige gezahlt wird. Wir werden das Elterngeld auch auf die speziellen Bedürfnisse von Selbständigen hin weiter entwickeln.

Wir wollen uns ganz besonders um diejenigen kümmern, die in der so genannten „rush hour des Lebens“ stecken und im Alter zwischen 25 und 40 Jahren gleichzeitig berufliche Karriere, Familiengründung und möglicherweise Pflege von Angehörigen bewältigen müssen. Daher wollen wir für unerwartet eintretende Pflegesituationen bis zu zehn Tage bezahlte Pflegezeit einführen. Wir wollen, dass der Aufbau einer wohnortnahen Infrastruktur für Familien bei der Sozialraumplanung entsprechend berücksichtigt wird. Davon würden auch Selbstständige profitieren.

Finanzierungsalternativen für Kleinstgründungen schaffen

Wir wollen auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise für einen sicheren Kapitalzugang für den Mittelstand sorgen. Im Rahmen des Wirtschaftsfonds Deutschland haben wir durchgesetzt, dass der Mittelstand besonders gefördert wird. Freiberufler mit einem maximalen Jahresumsatz von 500 Mio. Euro können für Vorhaben in Deutschland Finanzierungsanträge im Rahmen des Sonderprogramms stellen. Daneben existieren zinsverbilligte KfW-Programme, wie das KfW Startgeld speziell für Existenzgründer und Freiberufler, die weniger als drei Jahre am Markt sind. Die SPD wird sich weiterhin für die Förderung von Finanzierungsmöglichkeiten für Kleinbetriebe einsetzen und ist dazu auch mit Banken und insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Dialog.

Die Qualität freiberuflicher Planungsleistungen auch in einem europäischen Binnenmarkt stärken

Wir haben in Deutschland ein hohes Niveau von Planungsleistungen. Die SPD wird sich auch weiter dafür einsetzen, dieses Niveau sowohl auf europäischer Ebene wie auch bei der Umsetzung europäischer Richtlinien in nationales Recht zu sichern.

Den Export von Planungsleistungen unterstützen

Wir wollen eine effiziente und zielgerechte Außenwirtschaftsförderung, die ein breites Umfeld deutscher Unternehmen bei ihrem Auslandsgeschäft maßgeblich unterstützt. Die bestehenden Bundesprogramme berücksichtigen die Freien Berufe in Bereich der

Delegationsreisen des Bundes und ebenso haben die Freien Berufe Zugang zum XPOS, dem Informationsportal des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung.

Durch XPOS werden auch Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung bei der Erschließung des Auslandsgeschäftes aufgezeigt. Es werden Unternehmerreisen, Messebeteiligungen und Seminare durchgeführt, die auch Vertretern der Freien Berufen offenstehen. Dies alles trägt dazu bei, dass ein eventuelles Auslandsengagement mit zahlreichen Länderinformationen, wie den Rechts- und Zollthemen wirtschaftlich zum Erfolg führt.

Zukünftig wollen wir die Bedürfnisse der Freien Berufe beim Export ihrer Planungsleistungen prüfen und hinsichtlich der Anforderungen die bestehenden Programme wenn nötig anpassen.

Die SPD setzt sich für den erfolgreichen Abschluss der WTO Verhandlungen ein. Gerade in Zeiten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wäre ein Abschluss der WTO-Verhandlungen ein wichtiges Zeichen für den Welthandel. Neben der Industrie profitieren inzwischen auch immer mehr kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von den exportfreundlichen Rahmenbedingungen der WTO. Die deutschen Unternehmen sind dabei für den internationalen Wettbewerb gut aufgestellt. Wir erwarten, dass ein Abschluss der WTO-Verhandlungen eine weitere und vertiefte Integration deutscher Firmen in den Welthandel ermöglicht.

Zukünftig sollte es einfacher werden, dass Vertreter der Freien Berufe ihre Dienstleistungen im Ausland anbieten. Im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde das inzwischen für den EU-Bereich gewährleistet. Wir werden daher auch bei den weiteren WTO-Verhandlungen unser Augenmerk darauf richten, dass die Freien Berufe von einer weiteren Liberalisierung des Weltmarktes profitieren können.

III. Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen

Investitionsstau im Bausektor auflösen

Mit einer integrierten und nachhaltigen Verkehrs- und Städtebaupolitik hat die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren notwendige Voraussetzungen geschaffen für die erforderliche Mobilität von Menschen und Gütern und für Wirtschaftswachstum. So sind die Verkehrsinvestitionen von rund 9 Milliarden Euro in 2005 auf das Rekordniveau von jeweils rund 12 Milliarden in 2009 und 2010 angestiegen. Damit wird der Rückstand in der Erhaltung unserer Verkehrswege abgebaut, Engpässe bei Schiene, Straße und Wasserstraße werden beseitigt. Diese Anstrengungen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.

Die Städtebauförderung ist eines der zentralen Instrumente für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Bis einschließlich 2008 hat allein der Bund insgesamt 12,5 Milliarden Euro an finanziellen Mitteln bereitgestellt.

Der Bund hat im Rahmen seiner Förderkompetenz in den letzten Jahren einen deutlichen Beitrag zur Erhaltung und Pflege sozialer Infrastruktur der Kommunen geleistet. Mit dem KfW-Programm Kommunalkredit und dem Investitionspakt zur energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur sind innovative und sehr erfolgreiche Programme geschaffen worden. Im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets wurde der Investitionspakt noch einmal deutlich aufgestockt.

Wir wollen die Programme finanziell auf einem hohen Niveau sichern und inhaltlich weiterentwickeln.

Für die SPD ist und bleibt es unser erklärtes Ziel, bis zum Jahr 2020 die Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr auf 30 ha pro Tag zu vermindern. In einem großen Pilotvorhaben wollen wir das Konzept von Flächenzertifikaten erproben: Nach einer Verständigung auf Obergrenzen für künftige jährliche Siedlungsausweitungen erhalten Kommunen Flächenzertifikate, die sie untereinander handeln können. Neue Berichte belegen, dass wir auf einem guten Weg sind. Jedoch ist dieses Ziel ohne die Anstrengung

aller Beteiligten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene nicht zu erreichen. Durch die Novellierung des Baugesetzbuches zur besseren Innenentwicklung unserer Städte haben wir den Verantwortlichen ein wichtiges Instrument an die Hand gegeben. Es ist an den Handelnden vor Ort, diese oder andere Instrumente bedarfsgerecht anzuwenden. Dem Bund ist es zuständigkeitshalber versagt, den Ländern Vorgaben zur Ausgestaltung der Gesetze über die kommunale Zusammenarbeit zu machen.

Die Förderung der Baukultur als festen Bestandteil der Politik verankern

Mit der Gründung der Stiftung Baukultur auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion haben wir eine bundesweite Kommunikationsplattform geschaffen, die das Bewusstsein für die Belange der Baukultur in der Öffentlichkeit stärkt. Für den Aufbau der Stiftung stellt die Bundesregierung bis 2011 rund sieben Millionen Euro zur Verfügung. Langfristig soll sich die Stiftung durch die finanzielle Beteiligung privater Dritter tragen. Über die Personalausstattung sowohl der Stiftung als auch innerhalb der Bundesregierung entscheidet die Exekutive.

Die Wohnungs- und Städtebaupolitik verstärkt auf integrierte Stadtentwicklung ausrichten

Die SPD hat in den letzten sieben Jahren die Wohnungspolitik in Deutschland neu ausgerichtet und an die aktuellen Herausforderungen angepasst.

Die quantitative Wohnraumversorgung hat heute ein Niveau erreicht, das europaweit nahezu einzigartig ist. Vor diesem Hintergrund rückt die Qualität des Wohnens immer stärker in den Mittelpunkt des Interesses. Angesichts der demographischen Entwicklung gilt es insbesondere, die Attraktivität des städtischen Wohnens sowohl für ältere Menschen als auch für junge Familien nachhaltig zu verbessern.

Wir haben mehrere erfolgreiche Programme der Stadtentwicklungspolitik aufgelegt. Mit dem Programm „Die soziale Stadt“ wurden bis heute in rund 520 Quartieren in fast 330 Städten und Gemeinden Projekte in sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gebieten gefördert.

Über die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ wurden Innenstädte und erhaltenswerte Stadtquartiere in besonders von Schrumpfungprozessen betroffenen Städten aufgewertet. Die Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität in den Städten und Gemeinden wurde erheblich verbessert.

Das neue Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" soll zur Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche genutzt werden. Wir wollen die Städte unterstützen, diese Bereiche als Standorte für Wirtschaft, Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Wir haben bereits mit dem am 01.01.2007 in Kraft getretenen Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte maßgebliche Impulse zur besseren Innenentwicklung der Städte und Gemeinden gegeben. Damit wird es leichter, wieder in den Städten zu investieren. Das Gesetz sieht vor, dass zeit- und kostenaufwendige förmliche Umweltprüfungen bei Bebauungsplänen der Innenentwicklung weitgehend entfallen. Darüber hinaus wird unter anderem die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung gestrafft. Bebauungspläne der Innenentwicklung sollen zum Beispiel die Nachverdichtung von städtischen Gebieten und die Anpassung von Wohnquartieren an die Bedürfnisse des alten- und familiengerechten Wohnens erleichtern. Ein weiterer wichtiger Anwendungsbereich sind auch Bebauungspläne für die Wiedernutzung stillgelegter Gewerbeflächen.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob wir die jetzt in den ostdeutschen Bundesländern auslaufende Investitionszulage nicht in veränderter Form beibehalten und auf das gesamte Bundesgebiet ausweiten, um regionalen Engpässen im Mietwohnungsbau entgegenzuwirken.

Schließlich müssen wir natürlich auch prüfen, inwieweit der absehbaren Unterversorgung mit Neubauwohnungen in Wachstums- und Zuzugsregionen vorzubeugen ist. Allerdings sind hier vor allem die Länder und Kommunen in den Regionen gefragt, die mittelfristig knappe

Wohnungskapazitäten haben werden. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern und Kommunen über Instrumente nachdenken, die sich beispielsweise an die erfolgreichen bestehenden KFW-Förderinstrumente anlehnen und anhand von belastbaren Kriterien z.B. den Neubau von Familienwohnungen in Regionen mit Wohnungsknappheit fördern.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist eng mit der Entwicklung unserer Städte verbunden. Wir setzen uns für eine moderne, leistungsfähige und sozial gerechte Stadtgesellschaft ein.

Den verantwortungsbewussten und qualitätsorientierten öffentlichen Bauherren stärken

Der Bund beschränkt sich bewusst schon seit längerer Zeit auf seine Bauherrenfunktion. Die Bauverwaltung des Bundes hat über die im Jahr 2008 verabschiedeten Gemeinsamen Grundsätze positive Impulse für eine Neustrukturierung erhalten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in den letzten Jahren verstärkt für die Verwirklichung von Bauvorhaben im Rahmen von Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) eingesetzt. ÖPP-Projekte sind ein wichtiger Schritt hin zu einer veränderten Arbeitsteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft. Wir befinden uns im Rahmen von ÖPP –Projekten aber immer noch auf neuen Wegen. Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen weiter auszugestalten werden.

Die Rahmenbedingungen für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau verbessern

Seit 2009 können Privathaushalte bis zu 1.200 Euro für Handwerkerrechnungen bei ihrem Finanzamt geltend machen. Steuersubventionen oder auch verminderte Steuersätze verbessern die finanziellen Spielräume der Betroffenen. Sie sind leider nicht sehr zielgenau. Wir werden uns auch weiterhin für passgenaue Regelungen und Fördermaßnahmen, wie etwa dem „Wohn-Riester“, dem Gebäudesanierungsprogramm oder dem Programm für altersgerechtes Wohnen einsetzen.

Ich hoffe, Ihnen die Position der SPD-Bundestagsfraktion mit diesem Schreiben näher gebracht zu haben. Für Nachfragen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Für Ihre guten Wünsche zum Bundestagswahlkampf bedanke ich mich ganz herzlich.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Michael Hartmann, MdB